

Geschrieben von: Lorenz

Samstag, den 10. November 2012 um 07:50 Uhr

**Vorwurf: Die Bevölkerung ist bei der AKW-Übung in Grohnde ausgeschlossen
Atomkraftgegner kritisieren Öffentlichkeitsarbeit der Polizeidirektion Göttingen und des
Innenministeriums in Hannover**

Grohnde/Göttingen (wbn). Im Vorfeld der heute Vormittag stattfindenden Katastrophenschutzübung am Atomkraftwerk Grohnde im Weserbergland haben Vertreter der Regionalkonferenz Grohnde die Öffentlichkeitsarbeit der Polizeidirektion Göttingen und des Niedersächsischen Innenministeriums kritisiert.

Die Polizeidirektion Göttingen wolle bei der für heute um 10.30 Uhr geplanten Katastrophenschutzübung im Hamelner Kreishaus und anschließend im AKW Grohnde Vertreter der Regionalkonferenz Grohnde „als Teil der kritischen Öffentlichkeit aussperren und nur ausgewählte Journalisten zulassen“. Innenminister Schünemann plane nur ein Show-Veranstaltung. Eine echte Auseinandersetzung mit der kritischen Öffentlichkeit – zum Beispiel auch „eine öffentliche Veranstaltung für die Bevölkerung in der Rattenfängerhalle in Hameln“ - sei nicht geplant.

Fortsetzung von Seite 1

Man wolle den Bevölkerungsschutz ohne die Bevölkerung organisieren, „weder wird sie bei der Übung beteiligt, sondern es wird nur eine Stabsübung geben, noch soll sie sehen, was sie bei einer Atomkatastrophe erwartet“, sagte Tobias Darge als Sprecher der Atomkritiker im Weserbergland.

Mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegenüber der Polizeidirektion Göttingen hat unterdessen der Piratenpartei-Politiker Andreas Rohrmann aus Barntrop auf die Nichtzulassung der Atomkraftkritiker als Beobachter der Katastrophenschutzübung geantwortet. Er frage sich ob dies den Regeln und verfassungsrechtlichen Vorgaben des Bundeslandes Niedersachsen entspreche. Rohrmann: „Ich mache mir arg Sorgen um die demokratischen Rahmenbedingungen.“